

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **24.10.2013** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/015

Beginn öffentlicher Teil: 19:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 00:07 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

- bis TOP 13 -

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Bublitz, Werner
Dralle, Karl-Heinz
Ehrhardt, Hans-Joachim
Fleischmann, Michael
Gersemann, Christiane
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Leykum, Maria
Meinig, Birgit
Meißner, Claudia
Morch, Hans-Dieter
Obst, Wolfgang
Peters, Kai
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rheinhardt, Michael
Ruser, Horst
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Gast/Gäste

Geiger, Christian Ge-
schäftsführer des Nds.
Städtetages - bis TOP 5 -

Verwaltung

Franke, Marius
Herbst, Rainer
Kauter, Theo - bis TOP 13 -
Kugel, Michael
Lehmann, Robert - bis TOP 15 -
Pape, Petra - bis TOP 13 -
Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12. September 2013
3. Ehrung von Ratsmitgliedern
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
 - 5.1. Entwicklung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze - Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 11.10.2013
Vorlage: 2013 0477
 - 5.2. Anfrage zur Ratssitzung am 24.10.2013 von Herrn Obst vom 05.10.2013
- Stolpersteine: Wiedereinbau nach dem Stadtstraßenumbau
Vorlage: 2013 0478
 - 5.3. Anfrage von Herrn Fleischmann, Die Linke, gem. Geschäftsordnung vom 11.10.2013
Deutsche Bahn für Trinkwasservergiftung haftbar machen und Wasserpreis senken.
Vorlage: 2013 0480
 - 5.4. Anfrage von Herrn Hunze zur Ratssitzung am 24.10.2013 vom 14.10.2013
- Oktobermarkt 2013
Vorlage: 2013 0482
6. Gründung einer IGS in Burgdorf
Vorlage: 2013 0438
 - 6.1. Gründung einer IGS in Burgdorf
Bezugsvorlage: 2013 0438
Vorlage: 2013 0438/1

- 6.2. Gründung einer IGS in Burgdorf
 Bezugsvorlage: 2013 0438 und 2013 0438/1
 Vorlage: 2013 0438/2
7. Rekommunalisierung Friedhofspflege
 Vorlage: 2013 0424
8. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
 Vorlage: 2013 0444
9. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
 Vorlage: 2013 0445
10. Änderung der Hebesatzsatzung
 Vorlage: 2013 0446
11. Entwurf Haushaltssatzung 2014
 Vorlage: 2013 0455
12. Entwurf Investitionsprogramm 2014
 Vorlage: 2013 0456
13. Entwurf Stellenplan 2014
 Vorlage: 2013 0457
14. Vergabe von Dienstleistungskonzessionen zur Bewirtschaftung von Wochenmärkten
 - Bezugsvorlage: 2012 0098
 - Bezugsvorlage: 2012 0123
 - Bezugsvorlage: 2013 0350 und 2013 0350/1
 Vorlage: 2013 0459
- 14.1. Vergabe von Dienstleistungskonzessionen zur Bewirtschaftung von Wochenmärkten
 - Bezugsvorlage: 2012 0098
 - Bezugsvorlage: 2012 0123
 - Bezugsvorlage: 2013 0350 und 2013 0350/1
 - Bezugsvorlage: 2013 0459
 Vorlage: 2013 0459/1
15. 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-09 "Im Kreitwinkel" (Wohnprojekt Q+ der Südheide eG) – Satzung –
 Bezugsvorlage: 2013 0334 – Entwurf -
 Vorlage: 2013 0461
16. Wiedereinbau der Bronzewegweiser
 - Antrag des FDP-Ratsmitgliedes Karl-Ludwig Schrader vom 14.07.2013 sowie Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B`90/Die Grünen vom 11.09.2013 -
 Bezugsvorlagen: 2013 0413 und 2013 0413/1
 Vorlage: 2013 0413/2
17. Finanzierung Wiedereinbau Wegweiser
 - Antrag des Rats Herrn Wolfgang Obst vom 03.10.2013 -
 Vorlage: 2013 0470

18. Verzicht auf die im Radverkehrskonzept empfohlene stadteinwärts verlaufende Führung des Radverkehrs Sorgenser Straße;
- Antrag des Ratscherrn Wolfgang Obst vom 05.10.2013 -
- zurückgezogen -
Vorlage: 2013 0474
19. Verhandlungen mit dem Nds. Straßenbauamt i.S. Beleuchtung der Brücke über die B 188 bis hin zum Riethornweg in Sorgensen
- Antrag des Ratscherrn Wolfgang Obst vom 05.10.2013 -
Vorlage: 2013 0475

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 1 dem Protokoll beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 19.02 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. **Herr Weinel** gratulierte Herrn Schrader, da er seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatte.

Herr Weinel informierte über Tischvorlagen zum Tagesordnungspunkt 6 – „Gründung einer IGS in Burgdorf“ und 14 – „Vergabe von Dienstleistungskonzessionen zur Bewirtschaftung von Wochenmärkten“ sowie über die Vorlage 2013 0461 – „3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-09 „Im Kreitwinkel““, welche als Tagesordnungspunkt 15 auf die Tagesordnung aufgenommen wurde. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschoben sich entsprechend.

Herr Weinel wies darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 sowie die Tagesordnungspunkte 16 und 17 jeweils gemeinsam behandelt werden.

Herr Obst erklärte, dass er seinen Antrag zu Tagesordnungspunkt 18 zurückziehe.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12. September 2013

Frau Weilert-Penk beantragte die dem Protokoll als Anlage 2 beigefügte Änderung ihres Wortbeitrages zum Tagesordnungspunkt 15.1 – „Grundsatzentscheidung zur Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule“.

Frau Meinig beantragte das Protokoll zum Tagesordnungspunkt 12 – „Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf“ um ihren Wortbeitrag wie folgt zu ergänzen: „**Frau Meinig** sprach ihr Lob aus, brachte aber auch ihr Unverständnis und Bedauern über die Schließung der Filiale der Stadtparkasse in Ramlingen-Ehlershausen zum Ausdruck.“

Mit 31 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 12.09.2013 wird mit den zuvor genannten Änderungen beschlossen.

3. Ehrung von Ratsmitgliedern

Herr Baxmann gratulierte den Jubilaren und überreichte jeweils ein Präsent: Herrn Fleischmann für 10 Jahre Ratsarbeit, den Eheleuten Apel zur Eheschließung sowie Herrn Hunze für 45 Jahre Ratsarbeit.

Herr Geiger, Geschäftsführer des Nieders. Städtetages, ehrte Herrn Hunze für 45 Jahre Ratsarbeit und überreichte ihm ein Präsent.

Weitere Ratsmitglieder schlossen sich den Gratulationen an.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

- K e i n e -

5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

**5.1. Entwicklung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze - Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 11.10.2013
Vorlage: 2013 0477**

Auf das Verlesen der Anfrage und der Antwort, die bereits über das Ratsinformationssystem veröffentlicht worden sind, wurde verzichtet.

**5.2. Anfrage zur Ratssitzung am 24.10.2013 von Herrn Obst vom 05.10.2013
- Stolpersteine: Wiedereinbau nach dem Stadtstraßenumbau
Vorlage: 2013 0478**

Herr Obst verlas seine Anfrage.

Herr Herbst verlas das Antwortschreiben der Stadt Burgdorf.

Herr Obst hinterfragte die Höhe der Kosten für den Wiedereinbau des Bronze-Wegweisers.

Herr Herbst erläuterte diese.

- 5.3. Anfrage von Herrn Fleischmann, Die Linke, gem. Geschäftsordnung vom 11.10.2013
Deutsche Bahn für Trinkwasservergiftung haftbar machen und Wasserpreis senken.
Vorlage: 2013 0480**
-

Herr Fleischmann verlas seine Anfrage.

Herr Herbst verlas das Antwortschreiben der Stadt Burgdorf.

Herr Fleischmann erklärte, dass er einen Fragenkatalog über die drei zulässigen Zusatzfragen hinaus erarbeitet habe und informierte, dass er diese zur Beantwortung in der nächsten Ratssitzung schriftlich bei der Verwaltung einreichen werde.

- 5.4. Anfrage von Herrn Hunze zur Ratssitzung am 24.10.2013 vom 14.10.2013
- Oktobermarkt 2013
Vorlage: 2013 0482**
-

Auf das Verlesen der Anfrage und der Antwort, die bereits über das Ratsinformationssystem veröffentlicht worden sind, wurde verzichtet.

- 6. Gründung einer IGS in Burgdorf
Vorlage: 2013 0438**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2

- 6.1. Gründung einer IGS in Burgdorf
Bezugsvorlage: 2013 0438
Vorlage: 2013 0438/1**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2

- 6.2. Gründung einer IGS in Burgdorf
Bezugsvorlage: 2013 0438 und 2013 0438/1
Vorlage: 2013 0438/2**
-

Frau Gersemann erinnerte an das Scheitern bisheriger Gründungsinitiativen einer IGS. Die zu gründende Planungsgruppe habe eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit zu leisten. Ferner hätten die Elternvertreter Bedenken gegen die Einführung zum Schuljahr 2014/2015 geäußert. **Frau Gersemann** äußerte, dass gegenüber der Planungsgruppe hohe Erwartungen bestünden und eine zügige Bildung dieser gewünscht sei.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion die Gründung einer IGS wegen der nicht geklärten finanziellen Folgen ablehne. Es handele sich bei der heutigen Entscheidung um eine bedeutende Entscheidung für die Schullandschaft in Burgdorf. Er hoffe auf ergebnisoffene Diskussionen darüber, was unter Berücksichtigung finanzieller Ressourcen für eine hochqualitative, vielfältige und zukunftsfähige Schullandschaft in Burgdorf gut sei.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion die IGS wegen damit verbundener größerer Risiken als Chancen nicht als richtige Entscheidung für Burgdorf sehe. Es bestehe die Gefahr einer Schwächung des Gymnasiums. Erfahrungen zeigten, dass viele IGS'en um ein Sek II-Angebot später erweitert würden. Ferner wies er darauf hin, dass für den Betrieb einer IGS die Realschule wahrscheinlich räumlich nicht ausreichen werde und eine IGS an zwei Standorten dauerhaft nicht genehmigungsfähig sei. Die CDU-Fraktion werde in ihrer großen Mehrheit der Vorlage aufgrund finanzieller Risiken nicht zustimmen.

Herr Braun betonte, dass es sich um eine bedeutende Entscheidung für die schulpolitische Entwicklung Burgdorfs handle. Eine mögliche Schwächung des Gymnasiums schließe er aus, da eine Konkurrenz beiden Schulformen Verbesserungspotenziale biete. Neben den Berufsbildenden Schulen und dem Gymnasium würden die aktuellen Schülerzahlen und deren voraussichtliche Entwicklung eine weitere Oberstufe nicht rechtfertigen. **Herr Braun** führte aus, dass die Gastschulgelder, welche die Stadt für Schüler/innen, die andere IGS'en besuchen, zu tragen habe, etwa 200.000 €/Jahr betragen. Eine Außenstelle der IGS sei bei einer 4-zügigen (Klassen 5 bis 8) Stammschule für die Klassen 9 und 10 zulässig. Die Gründung einer IGS bedürfe einer angemessenen Vorbereitungszeit und es könne von daher erst zum Schuljahresbeginn 2015/2016 begonnen werden.

Herr Fleischmann äußerte die Hoffnung, dass die IGS in Burgdorf eingeführt werde. In Hinblick auf die Einrichtung einer Planungsgruppe äußerte er Bedenken, da eine solche vom Land nur für ein Jahr gefördert würde. Er vertrat die Auffassung, dass die Planungszeit nicht entscheidend für die Qualität einer IGS sei. Bei gleicher Qualität sei die Einführung bereits zum Schuljahr 2014/2015 denkbar. **Herr Fleischmann** mutmaßte, dass die spätere Einführung finanziellen Aspekten geschuldet sei. Er beantragte die Einführung einer IGS, wie es ursprünglich geplant war, zum Schuljahresbeginn 2014/2015. Gleichzeitig erklärte er, dass er der Vorlage bei Ablehnung seines Änderungsantrages dennoch zustimmen werde.

Herr Schulz führte aus, dass er die geäußerten Bedenken verstehe, aber nicht von einer Schwächung des Gymnasiums ausgehe. Die Ergebnisse der Elternbefragungen zur Einführung der IGS seien eindeutig gewesen. Die Vorbereitungszeit werde benötigt. In Anbetracht der Finanzen bleibe zu beachten, dass Gastschulgelder für 140 Schüler/innen, die außerhalb Burgdorfs eine IGS besuchen, zu zahlen seien. **Herr Schulz** erklärte, dass die WGS-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Ruser machte deutlich, dass die jährlichen Gastschulgelder von 200.000 € für die Schulzeit von 6 Jahren zu zahlen seien. Ferner gebe es einige Gründungsinitiativen im Umkreis von Burgdorf. Die Einführungsinitiative für eine IGS in Burgdorf hätte demnach früher kommen müssen. Bedenkensträger müssten in den Prozess einbezogen werden, die vorliegenden Zahlen seien aber Fakten. **Herr Ruser** sprach sich dafür aus, dass das Geld für die Gastschulgelder in die Bildung in Burgdorf investiert werden solle. Es sei die breite Unterstützung und Beteiligung aller Interessengruppen gewünscht.

Herr Baxmann erklärte, dass er langjähriger Befürworter der IGS sei und der Vorwurf einer nicht sachlich motivierten Verzögerung nicht zu halten sei. Durch die IGS werde eine produktive Konkurrenz geschaffen. Auch sei die IGS wichtig für die von allen gewollte soziale Integration, insbesondere auch von Kindern mit Migrationshintergrund. Nach Abschluss der 10. Klas-

se an der IGS stehe den Schülern/innen ein weiterführendes Angebot im Sek II-Bereich am Gymnasium oder den Berufsbildenden Schulen zur Verfügung. **Herr Baxmann** erläuterte, dass die zukünftige Zusammenarbeit es ermögliche, viele Schüler/innen frühzeitig in Burgdorf zu halten und damit das Gymnasium eher stärken als schwächen. Im Hinblick auf die jährlichen Gastschulgelder von 200.000 € verdeutlichte er das Investitionsvolumen, das mit diesem Betrag über Kredite finanziert werden könne.

Herr Obst äußerte, dass ein qualitativ hochwertiges schulisches Angebot vorgehalten werden müsse. Eine gute Schule stehe und falle mit dem Konzept. Eine Gefahr für die Existenz des Gymnasiums schließe er aus, weil es im Wettbewerb mit der IGS und den Berufsbildenden Schulen stünde. Er führte aus, dass er den Beschluss für das Schulangebot in Burgdorf für wichtig erachte, da die IGS Zukunft habe.

Herr Knauer erläuterte, dass alle Schulen gestärkt werden müssten und er finanzielle Gründe, die vermeintlich gegen die Einführung der IGS sprächen, als vorgeschoben ansehe.

Herr Schrader verwies zu der Elternbefragung darauf, dass nicht alle Fragebögen zurück gesandt worden seien. Eine Stärkung des Gymnasiums sehe er nicht. Die FDP gehe von noch zu vielen offenen Fragen aus. Er, so **Herr Schrader**, werde der Vorlage derzeit nicht zustimmen.

Zunächst ließ **Herr Weinell** über den Antrag von Herrn Fleischmann abstimmen. Bei 1 Ja-Stimme und 32 Nein-Stimmen wurde die Gründung einer IGS zum Schuljahr 2014/2015 abgelehnt.

Mit 23 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

1) Die im Rahmen der Elternbefragung zur Ergründung des Interesses an der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Burgdorf vom Bürgermeister vorgenommene Auswertung der erhobenen Daten wird festgestellt.

2) Zudem wird festgestellt, dass das Ergebnis der Elternbefragung den Bedarf an der Errichtung einer IGS in Burgdorf belegt.

3) Die Einrichtung einer IGS (Sekundarstufe I, aufsteigend ab Klasse 5) zum Schuljahresbeginn 2015/2016 wird bei der für die Genehmigung zuständigen Landesschulbehörde beantragt.

4) Die IGS wird am Standort Vor dem Celler Tor 91 (heutige Realschule) eingerichtet.

5) Ab Beginn des Schuljahres 2015/2016 werden keine Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe in die Hauptschule eingeschult.

6) Ab Beginn des Schuljahres 2015/2016 werden keine Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe in die Realschule eingeschult.

7. **Rekommunalisierung Friedhofspflege** **Vorlage: 2013 0424**

Herr Hinz erinnerte an die seinerzeitige Privatisierung. Der Aufwand für einen privaten Unternehmer sei der gleiche wie für die Kommune selbst. Zu beachten bleibe, dass seit der Privatisierung MWSt auf die Leistungen entrichtet würde und ein Gewinnanteil für den Unternehmer enthalten sei. Ein privater Dienstleister müsse günstiger sein, um die Privatisierung zu rechtfertigen. Er erinnerte daran, dass bei der letzten Ausschreibung die Kosten um 30% gestiegen seien und wies darauf hin, dass diese auf die Friedhofsgebühr umgelegt würden. Für die Rekommunalisierung seien 2 weitere Stellen für Gärtner im Stellenplan auszuweisen.

Herr Obst äußerte, dass er nicht für die Privatisierung gewesen sei und hinterfragte, was mit den Geräten und Maschinen geschehe, wenn sie nicht im Einsatz auf den Friedhöfen seien.

Herr Kauter informierte darüber, dass die angegebenen Einsatzwochen für den Friedhofsbereich gelten und außerhalb dieser Zeiten der allgemeine Einsatz z.B. auf Grünflächen vorgesehen sei und bei der Kalkulation auch berücksichtigt worden sei.

Herr Obst fragte, ob dadurch weitere Kosten bei anderen gebührenpflichtigen Einrichtungen entstünden.

Herr Herbst verwies auf den Winterdienst und erläuterte, dass, sofern Einsätze dort vorgenommen würden, diese bei der kostenrechnenden Einrichtung Straßenreinigung zu verbuchen seien.

Herr Baxmann sagte zu, dass die Verwaltung diese Entwicklung darstellen werde.

Herr Schrader äußerte, dass er erstaunt über die erfolgte Preisentwicklung sei und stellte den Vergleich in Frage.

Herr Herbst erläuterte, dass bei der Ersparnis von 80.000 € bereits die Abschreibungen berücksichtigt seien.

Herr Plaß führte aus, dass sich die CDU-Fraktion intensiv mit der Vorlage beschäftigt habe. Es seien seitens der CDU Gespräche mit dem derzeitigen Dienstleister geführt worden. Er sei überzeugt, dass es nicht unbedingt zu den genannten Einsparungen kommen werde. **Herr Plaß** äußerte Verwunderung darüber, dass die Verwaltung die gleichen Leistungen günstiger übernehmen könne als ein Unternehmer. Er kritisierte, dass der Verwaltung Investitionen entstünden, bevor eine Amortisation eintrete und regte an, die Leistungsstandards zu überprüfen und anzupassen. **Herr Plaß** sprach sich für die Förderung des Mittelstandes durch die privatisierte Aufgabenwahrnehmung aus. Die CDU-Fraktion lehne die Vorlage ab.

Herr Fleischmann erklärte, dass er die Rekommunalisierung auch im Sinne der Daseinsvorsorge für sinnvoll halte, weil das Vorurteil, dass die Erbringung von Dienstleistungen durch private Unternehmen immer günstiger sei, ausgeräumt werde. Er regte die Rekommunalisierung der Stadtwerke an und unterstellte in diesem Zusammenhang dem Geschäftsführer Unfähigkeit. Wörtlich forderte er, „dass Sie endlich mal EON in die Wüste schicken, samt dieses unfähigen Geschäftsführers“.

Es folgten Unruhen im Ratssaal.

Herr Baxmann riet dem Ratsvorsitzenden zu intervenieren.

Herr Fleischmann erklärte, dass seine Aussage eine Anregung darstelle. Zitat: "Also das ist nur mal eine Anregung, was man machen könnte..." (Unterbrechung durch Herrn Baxmann)

Herr Baxmann forderte Herrn Fleischmann auf, seine Aussage über Herrn Funke zurückzunehmen.

Herr Fleischmann entgegnete, dass er diese nicht zurücknehmen werde und rechtfertigte sich damit, dass Herr Funke ihm zwar eine Anfrage beantwortet habe, ihm aber das Recht genommen habe, die Antwort an die Öffentlichkeit zu tragen. „Das geht auf das Konto von Herrn Funke“, so Herr Fleischmann wörtlich.

Herr Weinel bat Herrn Fleischmann, die Aussage über den Geschäftsführer der Stadtwerke Burgdorf zurückzunehmen.

Herr Fleischmann lehnte die Rücknahme mit den Worten „Ne, das ist für mich ein unfähiger Mensch“ ab.

Herr Weinel schloss Herrn Fleischmann daraufhin von der weiteren Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen.

Herr Fleischmann verließ den Saal und war während der weiteren Beratung und Abstimmung nicht anwesend.

Herr Hunze fragte, ob die Kosten gestiegen seien und die Leistungen angepasst worden seien. Er erklärte, dass die beauftragte Firma Gewerbesteuer an die Stadt zahle. **Herr Hunze** führte weiter aus, dass er die Zahlen bezweifle und er die Vorlage ablehnen werde.

Herr Baxmann erklärte im Hinblick auf den Wettbewerb, dass man, wenn sich die Privatisierung als kostengünstiger dargestellt hätte, die Aufgabe nicht selbst hätte wahrnehmen wollen. Er wies darauf hin, dass die Verwaltung mit der Einsparung von 80.000 €/Jahr einen Konsolidierungsvorschlag gemacht habe.

Herr Kauter erläuterte, dass der identische Leistungsstandard der Stadt gegengerechnet worden sei. Er wies darauf hin, dass trotz der Kostensteigerung von 90% der Leistungsumfang früher eher noch höher gewesen sei.

Herr Pilgrim erläuterte, dass neben dem Einsparpotenzial zusätzliche Leistungsreduzierungen erwogen werden können. Auch wenn keine Einsparung von 80.000 € erzielt würde und die Leistungen kostenneutral erbracht würden, sei die Rekommunalisierung sinnvoll.

Herr Peters mahnte, dass ein vollständiger Fuhrpark angeschafft werden müsse. Gegenüber der im Rahmen der bisherigen Privatisierung von 3 Personen wahrgenommenen Aufgabe sollten 2 Stellen geschaffen werden und eine dritte, derzeit Kontrollaufgaben wahrnehmende Person, solle künftig auch operativ tätig werden. Er hinterfragte, ob urlaubs- und krankheitsbedingte Ausfallzeiten sowie die Entsorgung organischer Abfälle bei der Vergleichsberechnung berücksichtigt worden seien und vermutete, dass die

Einsparung von 80.000 € dadurch geschmälert würde.

Herr Kauter äußerte, dass der identische Personaleinsatz sowie anfallende Entsorgungskosten i.H.v. rund 10.000 €, in welchen ca. 4.640 € für die Entsorgung organischer Abfälle enthalten seien, berücksichtigt worden seien.

Herr Schrader regte eine neue Ausschreibung zum Vergleich an.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass bei einer Ausschreibung ein Anspruch auf Vergabe der Leistungen bestehe.

Herr Ruser erklärte, dass es ein konstruktiver Vorschlag zur Kosteneinsparung sei und gleichzeitig der Substanznahrung der Stadt diene.

Herr Fleischmann und **Herr Schulz** waren während der Abstimmung nicht anwesend.

Mit 20 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Friedhofsarbeiten sollen ab 01.11.2015 wieder durch städtische Mitarbeiter/innen durchgeführt werden. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel für die bauliche und technische Ausstattung sind als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt 2014 einzustellen. Die Planstellen für zwei Gärtner/innen sind in den Stellenplan 2015 zwingend einzustellen. Rechtzeitig vor Beginn der eigenen Durchführung der Friedhofsarbeiten sind die erforderlichen Einstellungen und Investitionen vorzunehmen. Durch geeignete Maßnahmen ist im Gärtnerbauhof das erforderliche Wissen aufzubauen, um auch unvorhergesehene Ausfallzeiten abdecken zu können.

**8. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2013 0444**

Herr Hinz informierte darüber, dass es sich um eine Gebührensenkung handele.

Herr Obst hob positiv hervor, dass die Vorlage eine Gebührensenkung beinhalte. Er bemängelte, dass die Betriebskostenabrechnung nicht als eigenständiger Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen behandelt worden sei. Er führte aus, dass ihm kurz vor Sitzungsbeginn Fehler in der Betriebskostenabrechnung aufgefallen seien. U.a. sei das Ergebnis auf Seite 18, Zeile 26 nicht plausibel nachzuvollziehen. Er schlug vor, dass die Vorlage abgesetzt und überprüft werden solle, damit nicht zu Ungunsten der Bürger/innen entschieden werde.

Herr Philipps wies darauf hin, dass die Betriebskostenabrechnung als Anlage dieser Vorlage auf der Tagesordnung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen behandelt worden sei.

Herr Baxmann erklärte, dass die Vorlage zur Überprüfung von der Verwaltung zurückgezogen werde.

Herr Fleischmann unterbreitete den Vorschlag, dass in diesem Zuge die

Gebühren z.B. für Hinterlieger angepasst werden könnten, um Ungerechtigkeiten auszuräumen. Er begann eine kontroverse Diskussion.

Herr Weinel entzog Herrn Fleischmann daraufhin das Wort.

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**9. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2013 0445**

Frau Heller und **Herr Knauer** waren während der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 16. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2013 0445 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.

**10. Änderung der Hebesatzsatzung
Vorlage: 2013 0446**

Herr Weinel informierte über eine Formulierungsänderung der Beschlussempfehlung.

Herr Fleischmann erinnerte daran, dass die Erhöhung der Hebesätze eine Folge der Haushaltskonsolidierung sei und erklärte, dass er die Erhöhung der Grundsteuer für unsozial erachte, da sie auch auf Mieter umgelegt werde. **Herr Fleischmann** sprach sich gegen die Vorlage aus.

Herr Hinz erläuterte, dass die Erhöhung 2,4 % betrage und wies u.a. auf die Subventionierung der Kindergartengebühren aus den Grundsteuereinnahmen hin. Grundsteuer sei nicht Volumen bemessen, die Erhöhung stelle lediglich einen Inflationsausgleich dar. Er informierte darüber, dass Burgdorf im Regionsvergleich die viertniedrigste Grundsteuer erhebe.

Herr Kuyucu verwies auf die fortgeschrittene Uhrzeit und erinnerte daran, dass Ratsmitglieder keine Berufspolitiker seien und zum Teil Familie hätten. Er regte an, die Redezeiten durch eine Änderung der Geschäftsordnung anzupassen und beratungsintensive Tagesordnungspunkte künftig abzusetzen und ggfs. einzeln zu beraten.

Herr Obst erklärte, dass er Vergleiche mit anderen Kommunen nicht immer für sinnvoll halte und kritisierte die Wirkung der Erhöhung der Hebesätze z.B. für Rentner.

Herr Baxmann erläuterte, dass auch die Stadt Preissteigerungen z.B. bei Strom- und Personalkosten unterliege. Angemessene Erhöhungen müssten erfolgen, damit die Schere zwischen dem, was sich die Stadt leisten könne

und was sie leisten müsse, nicht weiter auseinander gehe.

Frau Gersemann war während der Abstimmung nicht anwesend.

Mit 19 Ja- und 13 Nein-Stimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Hebesatzsatzung vom 24.10.2013 in der sich aus der Anlage 1 zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 23.09.2013 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung zu erlassen.

**11. Entwurf Haushaltssatzung 2014
Vorlage: 2013 0455**

Die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 wurden gemeinsam behandelt.

Herr Philipps brachte die Entwürfe des Haushaltsplans 2014, des Investitionsprogramms 2014 sowie des Stellenplans 2014 ein. Die Haushaltsrede ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Nach der Haushaltsrede gab es eine Sitzungsunterbrechung von 23:47 – 23.55 Uhr.

**12. Entwurf Investitionsprogramm 2014
Vorlage: 2013 0456**

Siehe Tagesordnungspunkt 11

**13. Entwurf Stellenplan 2014
Vorlage: 2013 0457**

Siehe Tagesordnungspunkt 11

14. Vergabe von Dienstleistungskonzessionen zur Bewirtschaftung von Wochenmärkten
- Bezugsvorlage: 2012 0098
- Bezugsvorlage: 2012 0123
- Bezugsvorlage: 2013 0350 und 2013 0350/1
Vorlage: 2013 0459

Siehe Tagesordnungspunkt 14.1

14.1. Vergabe von Dienstleistungskonzessionen zur Bewirtschaftung von Wochenmärkten

- Bezugsvorlage: 2012 0098
 - Bezugsvorlage: 2012 0123
 - Bezugsvorlage: 2013 0350 und 2013 0350/1
 - Bezugsvorlage: 2013 0459
- Vorlage: 2013 0459/1**
-

Herr Morich führte aus, dass die Privatisierung z.B. mit der Einführung eines Bauernmarktes eine Qualitätsverbesserung der Wochenmärkte darstelle.

Herr Fleischmann erinnerte an seine bereits geäußerten Bedenken bezüglich der Privatisierung des Wochenmarktes und erklärte, dass er gegen die Vorlage stimmen werde.

Mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Vergabe der Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes auf dem Schützenplatz zum 1. Januar 2014 bzw. zum danach frühestmöglichen Zeitpunkt an die Deutsche Marktgilde e.G.
2. Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Vergabe der Dienstleistungskonzession zur Durchführung eines Grün-/Frische-/Bauernmarktes auf dem Spittaplatz zum 01.04.2014 bzw. zum frühestmöglichen Zeitpunkt an die Fa. Attraktive Wochenmärkte GmbH.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die der Vorlage Nr. 2013 0459 und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten Konzessionsverträge abzuschließen.

15. **3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-09 "Im Kreitwinkel" (Wohnprojekt Q+ der Südheide eG) – Satzung – Bezugsvorlage: 2013 0334 – Entwurf – Vorlage: 2013 0461**
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

- A) Von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren**
- der in der Zeit vom 02.01.2013 bis zum 16.01.2013 durchgeführten Information der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB,
 - der in der Zeit vom 23.04.2013 bis zum 23.05.2013 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 13a Abs. 2 und § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB,
 - der Behördenbeteiligung durch das Schreiben vom 19.04.2012 gemäß § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 2, § 13a Abs. 2 und § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB,
- wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung in Kapitel 5.3 be-

schriebenen Abwägungsvorgänge werden beschlossen.

B) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren wird die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-09 „Im Kreitwinkel“ in der Fassung vom 01.10.2013 als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan wird die Begründung in der Fassung vom 01.10.2013 beigefügt.

- 16. Wiedereinbau der Bronzewegeiser
- Antrag des FDP-Ratsmitgliedes Karl-Ludwig Schrader vom 14.07.2013 sowie Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B`90/Die Grünen vom 11.09.2013 -
Bezugsvorlagen: 2013 0413 und 2013 0413/1
Vorlage: 2013 0413/2**
-

Die Tagesordnungspunkte 16 und 17 wurden gemeinsam behandelt.

Herr Weinel erläuterte, dass er zuerst über den Antrag von Herrn Obst „Finanzierung Wiedereinbau Bronzewegeiser“ und anschließend über den Wiedereinbau selbst abstimmen lassen werde.

Bei 13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wurde der Antrag von Herrn Obst – „Finanzierung Wiedereinbau Wegweiser“ – abgelehnt.

Mit 17 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

- 1) Der Bronzewegeiser wird im Stadtzentrum auf dem Spittaplatz im Osten der Kirche zwischen der großen Friedensglocke und der Bank unter den Bäumen wieder eingebaut.**
- 2) Die Pfeilspitzen des Wegweisers werden in umgekehrter Richtung (auf Burgdorf zeigend) eingebaut.**
- 3) Zur Auskunft zu den geschichtlichen Hintergründen, zur Benennung der heutigen polnischen oder russischen Städtenamen und zum Sinn der heutigen Aussage wird eine Info-Tafel in der Nähe des Wegweisers aufgestellt.**
- 4) Die Stadt stellt hierfür einen Betrag in Höhe von 5.000 € zur Verfügung. Die restlichen erforderlichen Mittel sollen über Sponsoren eingeworben werden.**

- 17. Finanzierung Wiedereinbau Wegweiser
- Antrag des Ratsherrn Wolfgang Obst vom 03.10.2013 -
Vorlage: 2013 0470**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 16

- 18. Verzicht auf die im Radverkehrskonzept empfohlene stadteinwärts verlaufende Führung des Radverkehrs Sorgenser Straße;
- Antrag des Rats Herrn Wolfgang Obst vom 05.10.2013 -
- zurückgezogen -
Vorlage: 2013 0474**
-

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

- 19. Verhandlungen mit dem Nds. Straßenbauamt i.S. Beleuchtung der Brücke über die B 188 bis hin zum Riethornweg in Sorgensen
- Antrag des Rats Herrn Wolfgang Obst vom 05.10.2013 -
Vorlage: 2013 0475**
-

Herr Obst beantragte die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Obst wird in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 4 dem Protokoll beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer